

Berlin, den 28. Juni. Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht: dem Rechnungsführer und Oekonomie-Inспектор der Gesundheits-Gesellschaft Mannsfaktur Müller den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin von Preußen ist von Weimar hier eingetroffen und nach Schloß Babelsberg gegangen.

Der Rechts-Anwalt Wiener wird der ihm erteilten Erlaubnis gemäß vom 1. Juli d. J. ab seinen Wohnsitz von Hoyerwerda nach Spremberg verlegen.

Der General-Major und Kommandant von Breslau, von Aschhoff, von Mainz kommend ist nach Breslau durchgereist.

Deutschland.

Berlin, den 26. Juni Abends (D. R.) Auf außerordentlichem Wege erhalten wir folgende Nachricht:

Das Hauptquartier Sr. K. Hoheit des Prinzen von Preußen ist gestern am 25. nach Karlsruhe verlegt worden. Heute (am 26.) wird die Einschließung von Raasdorf erfolgt sein. Aus dem Hauptquartier Karlsruhe den 25. Juni ist ferner folgende Nachricht hier eingetroffen: Bruchsal ist gestern Nachmittag und Durach heute Vormittag nach unbedeutenden Gefechten genommen und Karlsruhe um 3 Uhr Nachmittags ohne Gefecht besetzt worden. Die Truppen sind daselbst sehr freundlich von der Bürgerschaft empfangen worden. Ein Theil Badener Dragoner war in Karlsruhe zurückgeblieben. Friedberg ist mit 2 Preussischen Bataillonen, Mannheim von Baiernischen Truppen besetzt worden.

Gleichzeitig mit der Nachricht, daß F. Raveaux durch das alle Menschen gleichmachende Gesetz weiteren Bestrebungen und Verfolgungen entzogen sei, (vergl. unten) geht uns nachstehende Korrespondenz zu:

Köln, den 24. Juni. So weit also wäre es mit dem Reichs-Regenten, mit Herrn Franz Raveaux gekommen! Heute wird gegen ihn wegen Verdacht einer Komplotts, so wie wegen Komplotts zum Umsturz, beziehungsweise Veränderung der bestehenden Regierungen und zur Bewaffnung der Bürger gegen dieselben, auf Grund der Artikel 87. und 89. des Strafgesetzbuchs ein Vorführungs-Befehl erlassen, und dieser Mann streblich verfolgt.

Berlin, den 26. Juni. Von den Plänen zur Durchführung der beabsichtigten Trennung der Kirche vom Staate, der Neugestaltung der Kirche durch eine Verfassung und der Verfassung einer Landes-Synode behufs dieser Neugestaltung sind folgende beide die bedeutendsten.

Nach dem ersten sollen zunächst die bisher zu Gemeindegewählten berechtigten Gemeindeglieder ihren Kirchenvorstand nach den üblichen Formen neu wählen. Dieser Kirchenvorstand (der bekanntlich bis jetzt aber nur mit den rein äußeren ökonomischen Verhältnissen der Kirche zu thun gehabt hat) soll in Gemeinschaft mit dem Geistlichen die kirchlichen Gemeindeverhältnisse neu konstituieren. Wenn hierbei hinreichende praktische Erfahrungen gesammelt worden, so sollen die verschiedenen Gemeinden einer Ephorie durch ihre Kirchenvorstände zusammentreten, und so für die ganze Ephorie die kirchlichen Verhältnisse konstituieren lassen, wobei natürlich als nothwendig sich ergeben würde, daß die Einzelgemeinden viele ihrer erst kurz zuvor geschaffenen Einrichtungen wieder aufgeben müßten. Und wie von der Gemeinde erst nach hinreichender Erfahrung zur Umgestaltung der Ephorie geschritten, so sollte in entsprechender Weise und natürlich in angemessenen Zeiträumen von der Ephorie zur Provinzialkirche und ihrer Versammlung und von hier aus erst wieder zur Landeskirche und kirchlichen Landesversammlung geschritten werden. Dieser Plan wäre vielleicht in ruhigen Zeiten ausführbar gewesen, obgleich auch da schon die angeordneten Schwierigkeiten ihm gewaltige Hindernisse in den Weg gelegt haben würden. Gegenwärtig aber, wo die politischen Verhältnisse eine so langsame Entwicklung nicht gestatten, ist der unter einem Decennium schwerlich auszuführende Plan ganz unpraktisch.

Anders dagegen stellt sich der zweite Entwurf, dessen Urheber der Prediger Jonas ist. Danach werden sämtliche bisher zu Gemeindegewählten berechtigten Gemeindeglieder als kirchliche Urwähler betrachtet. Von diesen Urwählern wird für jede Gemeinde eine Vertreterschaft gewählt (nicht aber der alte Kirchenvorstand, der damit gar nichts zu thun haben soll), bestehend aus dem oder den Geistlichen der Gemeinde und doppelt so viel weltlichen Mitgliedern. Das sind die Gemeinde-Wahlmänner. Die Wahlmänner der Provinzen treten zusammen und wählen die Wahlmänner der Provinzen und diese erst wählen die kirchlichen Vertreter zur kirchlichen Landesversammlung, jedoch nach der Aufgabe, daß auf letzterer wenigstens der dritte Theil aus Geistlichen bestehen müsse, zu welcher noch ferner die Landesuniversitäten, die kirchlichen Provinzialbehörden und das geistliche Ministerium stimmberechtigte Mitglieder zu schicken hätten. Erst diese Landesversammlung hätte die Neugestaltung der Kirche vorzunehmen und sich mit dem Staate wegen Lösung der bisherigen Verhältnisse zu benehmen.

Wahrscheinlich wird das Ministerium auf diesen zweiten Plan eingehen und den ersten ganz unberücksichtigt lassen. Die dreifache Abstufung der Wahl dürfte aber wohl noch vereinfacht werden.

*) Nicht kirchliche Verräther, wie der sinnentstellende Druckfehler in Nr. 144 lautet.

Berlin, den 26. Juni. Bekanntlich haben die städtischen Behörden dem ehemaligen Oberbürgermeister von Berlin, Hrn. Krausnick, dem Ehrentitel eines Stadthalters zuerkannt. Das besagliche Diplom, vom Magistrats-Sekretair Weiß in farbiger mit Gold und Silber ausgelegter Schrift geschmackvoll ausgeführt, lautet also:

Wir, der Magistrat und die Stadtverordneten der Königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin urkunden und bekennen hierdurch, daß, nachdem der Königl. Geh. Ober-Regierungs-Rath Herr Heinrich Wilhelm Krausnick während eines Zeitraums von 13½ Jahren, das Amt eines Oberbürgermeisters unserer Stadt mit Ehren bekleidet und in dieser Eigenschaft mit der größten Umsicht und Pflichttreue dem Magistrat vorgestanden hat, indeß aus diesem Amt geschieden ist, wir uns gedrungen fühlen, den, nach §. 156. der Städte-Ordnung vom 19. November 1808 ihm zustehenden Ehrentitel eines Aeltesten der Stadt hierdurch feierlichst anzuerkennen und in dankbarer Erwägung der großen Verdienste, welche der bisherige Ober-Bürgermeister Krausnick durch gewissenhaftes und thatkräftiges Wirken sich um unsere Stadt erworben hat, demselben zugleich hiermit diejenigen Ehren- und Vorrechte beizulegen, welche zufolge Communalbeschlusses den Stadthaltern als einen Beweis der Anerkennung ihrer Bemühungen im Interesse der Stadtgemeinde zugesichert werden sollen. Dessen zum Erweise haben wir diese Urkunde unter unserer Unterschrift und unter Beidrückung unseres Insignis ausfertigt. Berlin, den 26. Mai 1849.

Eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten wird das Diplom demnächst überreichen.

— Lemme wurde bei seiner Anwesenheit in Berlin vor den Untersuchungsrichter geladen, um dem Vernehmen nach in dem Prozeß gegen Walder vernommen zu werden. Er ist übrigens bereits nach Münster abgereist, wo er sich mit literarischen Arbeiten beschäftigen wird. Er hatte gewünscht, seinen Aufenthalt in Berlin nehmen zu können, wo er sich mit der Vorbereitung angehender Justiz-Beamten zu beschäftigen gedachte.

— Das wertvolle und sehr vollständige Zeitungs-Archiv der „Zeitung-Halle“ wurde in der vorgestern stattgehabten Versteigerung als Makulatur verkauft.

— Der Geldwerth, welcher durch die von Felgentreu der hiesigen Stadtkasse entwendeten, und bei dessen Ergreifung in England zum Theil bereits versilberten und verausgabten Berliner Stadt-Obligationen verloren geht, wird durch die von dem Kassen-Vorsteher gestellte Caution hinlänglich gedeckt, so daß der Commune daraus kein Verlust entsteht. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten, nicht öffentlichen, Sitzung dem Criminal-Polizei-Commissar Simon, dessen Thätigkeit und Umsicht die Ermittlung des Felgentreu in England gelang, eine Belohnung von Einhundert Thaler, und einem Mann, der sich Hrn. Simon in England sehr nützlich zeigte, 30 Pfd. St. als Gratifikation bewilligt.

— Die heut ausgegebene Nr. 32. des Amtsblattes des Königl. Post-Departements enthält folgende Verfügung:

„Die durch die Verordnung vom 28. Mai v. J. (Amtsblatt pro 1848 Nr. 27.) den Berichten über die Verhandlungen der Deutschen National-Versammlung in Frankfurt a. M. gewährte Porto- und Provisionsfreiheit findet auf die Berichte über die Verhandlungen der Versammlung in Stuttgart keine Anwendung. Die Postanstalten werden hierauf aufmerksam gemacht, mit der Anweisung, die letztgedachten Berichte nicht portofrei zu befördern, sondern dieselben, wenn sie zum porto- und provisionsfreien Vertriebe eingehen sollten, zurück zu senden. Berlin, den 20. Juni 1849. General-Post-Amt. v. Schaper.“

— Wir erfahren aus verlässlicher Quelle — sagt die A. Z. G. — daß die Mission des Herrn von der Pforden nach Wien als vollständig gescheitert anzusehen ist, in sofern er den Auftrag hatte, Oesterreich zum Anschluß an die Baiernischen Vorschläge in Betreff der Deutschen Verfassungsfrage zu bewegen. Das dortige Cabinet soll es entschieden abgelehnt haben auf die bekannten Münchener Ideen einzugehen und sich seine vollständige Selbstständigkeit reserviren wollen.

— Die Maigesangenen hatten sich gestern an das Kriegsgericht gewendet und eine Abschrift des Erkenntnisses erbeten. Heute ist ihnen der Bescheid geworden, daß ihnen der Antrag nicht genehmigt werden könne, da das Gesetz nichts darüber vorschreibe.

— Die früher bereits auf heute anberaumte Sitzung des Kriegsgerichts hat nicht stattgefunden, da die Kompetenz in der gestern erwähnten Sache noch zweifelhaft sein soll. Die nächste Sitzung findet nun aber zuversichtlich am Donnerstag statt. In derselben werden über sechs Anklagen verhandelt werden, von denen zwei auf Verheimlichung von Waffen, zwei auf Tragen von rothen Kokarden, eine auf Tragen einer rothen Feder, und eine auf Tragen einer rothen Schärpe gerichtet sind.

— Die Erklärung des Kommandeurs der hiesigen Schutzmannschaften und Polizeiraths Winkler bei Gelegenheit seiner Vernehmung vor dem Kriegsgerichte: „es sei ihm von dem Befehlen des Treubundes hier und dessen Versammlungen zu politischen Zwecken nichts bekannt,“ war schon von den der Verhandlung beizuhörenden Zuhörern mit Befremden vernommen worden; durch die Verbreitung, welche sie nun von der gesammten Presse erfahren, hat sie aber auch einen sehr unangenehmen Eindruck im Publikum gemacht. Man findet es jedenfalls befremdend, aus dem Munde eines der ersten Polizeibeamten der Residenz vernommen zu müssen, ihm sei von dem Befehlen eines Vereins nichts bekannt, von dem jedes Kind etwas weiß, und der von der Presse vielfach besprochen worden ist.

— Der General Wrangel besichtigte bei seinem neulich den Maigesangenen abgestellten Besuche auch die Küche in der Hausvoigtei, woraus die Gefangenen ihre Speisen beziehen. Er drückte seine volle Zufriedenheit über dieselbe aus. Bis auf die persönliche Freiheit wird den Gefangenen jetzt Alles an leiblichen und geistigen Genüssen nach ihren Wünschen gewährt.

— Der Privatsekretair v. Podewils hatte längere Zeit hindurch mit der unverehelichten K. K. in vertrauten Verhältnissen gelebt, mit ihr zusammen gewohnt und mit derselben ein Kind, unter dem Versprechen der Ehe, gezeugt. v. P. hatte jedoch nur ab und zu Beschäftigung, kam öfters in Geldverlegenheiten und verpfändete deshalb mehrere der K. K. gehörige Gegenstände, ohne deren Vorwissen und Erlaubnis, erhob auch einige 30 Thlr. auf ein der K. K. gehöriges Sparfassenbuch in verschiedenen kleinen Summen. In Folge dieser Umstände löste sich das beiderseitige Verhältniß auf. Die K. K. vermochte die ihr verpfändeten Sachen nicht wieder zurück zu erhalten. Sie machte darauf der Behörde von dem Geschehenen Anzeige, in Folge dessen gegen v. P. wegen wiederholten, theils großen, theils kleinen gemeinen und Urkunden-Diebstahls die Anklage erhoben worden ist.

Der Angeklagte räumt den Verfall der der unverehelichten K. K. gehörigen Gegenstände ein, gesteht auch zu, den bei der Sparkasse belegt gewesenen Betrag in verschiedenen kleinen Summen erhoben zu haben, behauptet aber, daß er hierzu, wenn auch nicht im Speziellen, so doch im Allgemeinen, die Erlaubnis seiner Braut gehabt und das Geld in die gemeinschaftliche Wirtschaft verwendet habe.

Auf Grund der angegebenen Zeugenaussagen beantragt die Staatsanwaltschaft, indem sie den Antrag auf Urkunden-Diebstahl fallen ließ, eine 6monatige Strafarbeit wegen wiederholten großen gemeinen Diebstahls. Den Antrag auf Abstandsverlust stellte sie nicht, wieweil der Angeklagte von Adel ist, weil durch die Verfassungs-Urkunde alle Standesvorrechte aufgehoben werden.

Der Gerichtshof fand den Angeklagten des wiederholten großen gemeinen Diebstahls schuldig, verurtheilte ihn, außer dem Verlust der Nationallokalität, zu einer 4monatlichen Strafarbeit und trat im Uebrigen der Ansicht der Staatsanwaltschaft bei.

Dies wäre also der erste Fall, wo der Art. 4 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt“, praktisch zur Anwendung gebracht worden ist.

PC. Stettin, den 26. Juni. Wahl oder Nichtwahl? — das ist auch in unserer Provinz die Frage, welche — wenn auch nur scheinbar — die conservative von der demokratischen Partei trennt. Zwar hat Rodbertus vor Kurzem in Demmin eine Urwähler-Versammlung abgehalten, in welcher er sich entschieden für „Nichtwahl“ ausgesprochen, um ein „relatantes“ Misstrauensvotum für das Ministerium zu Stande zu bringen. Es wird indeß mit Recht bezweifelt, ob auf die Bildung eines solchen allgemeinen politischen Enthaltensamkeits-Vereins die eigentliche Absicht der demokratischen Partei gerichtet ist. Man hält diese Agitation vielmehr nur für ein Manöver, um die Wachsamkeit der Conservativen einzuschläfern. Der hiesige Wollmarkt hat indeß auch dieser Partei in unserer Provinz Gelegenheit gegeben, sich von neuem zu sammeln und zu gemeinsamer energischer Thätigkeit zu verbinden. Am Schluß desselben hat nämlich im Hotel de Prusse hieselbst eine aus allen Gegenden der Provinz zahlreich besuchte Versammlung stattgefunden, welcher fast sämtliche Deputirten des Stettiner-Regierungsbezirks beizuhörenden. Es sieht zu hoffen, daß die Wiederwahl dieser Männer gelingen wird. Die Wahlvorarbeiten der Behörden schreiten vor, und wie man vernimmt, werden in der nächsten Zeit die Urwählerverzeichnisse öffentlich ausgelegt werden.

— Wie oft auch die Dänischen-Friedens-Nachrichten uns getäuscht haben, so scheint doch jetzt endlich dieser unglückliche Krieg seinem Ende zu nahen. Mit gleicher Schnelligkeit erwartet die conservative wie die demokratische Partei die „frohe Botschaft“, daß die Lähmung der Erwerbsverhältnisse beide gleich hart betrifft. Indessen beutet die Letztere — ihrer Politik getreu — die Fortdauer des Krieges für ihre Zwecke aus, indem sie namentlich in den Walfsergegenden den Seemann glauben macht, die Schuld davon liege allein in dem Eigenwillen der Regierung, welche sich um das Wohl des Landes nicht kümmere. — Dänische Schiffe sind an unserer Küste lange nicht in Sicht gewesen und unsere Swinemünder Flotte hat daher auch keine Gelegenheit, Heldenthaten zur See auszuführen. Die Amazone liegt auf der Swinemünder Rhede; ebenso 20 Kanonenboote (bereits armirt); 10 andere werden hier noch armirt und sind in der nächsten Woche wohl fertig. Die Amazone liegt im Haff an den Lebber-Bergen. Zur Befestigung des Swinemünder Hafens sind unweit der Molenwurzeln zwei Küstenbatterien aufgeführt; die Gesamtkosten der Befestigung belaufen sich bis jetzt auf 80,000 Thlr. — Zur Ausrüstung der Marine sind

hier bereits 34 Vierundzwanzigpfünder von Lüttich angekommen welche auf dem hiesigen Eisenbahnhofe liegen; ebenso 12 Bombenkanonen, welche in der Schwedischen Eisengießerei zu Finspong unter Aufsicht Preussischer dort stationirter Artillerie-Offiziere gegossen sind.

Die Nachrichten, welche über den Stadt des Getreidefeldes aus den verschiedenen Theilen der Provinz eingehen, lauten nicht sehr günstig. Die Nachtröste so wie die Trockenheit haben sowohl dem Sommer als dem Wintergetreide geschadet und es steht jedenfalls nur eine Mittelerndte zu erwarten.

CC Elst, den 23. Juni. Am 12ten d. M. wurde in der Nähe des Russischen Dorfes Warseden im Obeliner Walde ein Wagen mit Waaren von den Russischen Grenzbeamten angetroffen, der von mehreren Russischen Juden, Landeuten und dem Preussischen Eigentümmer Christoph Padszus, auch Padszweit genannt, aus dem Dorfe Kuttum, Kirchspiels Piktupönen, begleitet wurde. Mehrere von diesen Begleitern, auch der Padszus, waren nach den bis jetzt gemachten Ermittlungen bewaffnet und haben sich den Grenzbeamten widersetzt, auf selbige geschossen, den Grenzer Kolonjoff getödtet, das Pferd des Grenzerleiters Lisenka verwundet. Durch die Schüsse der Beamten ist der genannte Padszus getödtet worden. Alle andern Personen sollen nach einer spätern Anzeige des Russischen Grenzkommisars nach Preußen entkommen sein.

Halle, den 25. Juni. Der Hof unserer thüringischen Eisenbahn war heute in Folge der zahlreich nach Gotha gehenden Abgeordneten außergewöhnlich belebt. Besonders der Nachmittagszug der Magdeburger Bahn brachte aus dem Norden noch eine ziemliche Anzahl dahin Reisender mit, welche von hier aus sofort mit dem Thüringer Bahnzug weiter gingen. Man bemerkte unter ihnen manche bekannte Namen, wie Simson aus Königsberg, Jakob Grimm aus Berlin, Gumprecht aus Hannover, Mathis aus Greifswald, v. Raumer aus Erlangen, der seine früheren Bekanntschaft aus dem Frankfurter Parlamente in der Uniform eines Schleswig-Holsteinischen Freiwilligen begrüßte. Mit ihnen vereinigten sich die hiesigen Abgeordneten Schwetsche, Schwarz, Hagen, so wie die sämtlichen von hier zu den Preussischen Kammer gewählten Vertreter (Pastor Fubel, Kaufmann Jakob, Fabrikant Kaserstein). Dagegen bemerkte man keinen der früheren Abgeordneten aus dem Königreich, die bekanntlich dem größten Theile nach der Linken und äußersten Linken angehörten. Im Ganzen mochte die Zahl der mit dem einen Nachmittagszug Abgehenden etwa 30 bis 40 betragen.

Die Cholera-Erkrankungsfälle haben in der letzten Zeit so bedeutend abgenommen, daß die Krankheit als im Stadium des Verlösens begriffen angesehen werden kann. Es werden jetzt in der Stadt täglich nur etwa 2—4 Todesfälle gezählt, während in der schlimmsten Zeit sich die Zahl bis auf 82 gesteigert hatte!

Köln, den 25. Juni. In der „Köln. Ztg.“ vom 24. Juni lesen wir, daß Franz Raveaux, nachdem gegen ihn „wegen versuchter Bildung eines Komplottes zum Umstürze, beziehungsweise Veränderung der bestehenden Regierungen und zur Bewaffnung der Bürger gegen dieselben, auf Grund der Artikel 87 und 89 des Strafgesetzbuches ein Vorführungsbehl erlassen,“ fleckbrieflich verfolgt wird.

Aachen, den 21. Juni. Der hiesige Gemeinderath hat in seiner jüngsten Sitzung einen Antrag des Dr. Velten, welcher dahin lautete: „der Gemeinderath möge sich weder bei der Einleitung noch der Ausführung der bevorstehenden Wahlen für Berlin betheiligen,“ mit 22 Stimmen gegen 5 verworfen. Auch der Oberbürgermeister Belzer, ehemaliges Mitglied der Partei Rodbertus, erklärte sich gegen den Antrag, mit der Bemerkung jedoch, daß er sich vorbehalte, was er am Wahltag selbst thun werde. Der Gemeinderath glaubte sich aus praktischen Gründen für Verwerfung des Antrages aussprechen zu müssen, damit das Volk doch endlich eine Konstitution erhalte. Trotzdem wird aber die Volkspartei der Stadt Aachen, des Landkreises und des Kreises Eupen, welche bekanntlich bei dem letzten Wahlkampfe den Sieg davon getragen hat, sich unter keiner Bedingung an den Wahlen betheiligen.

Lübeck, den 23. Juni. In der letzten Sitzung des Bürger-Ausschusses hat auch unser Senat sich über die von ihm dem Verfassungs-Entwurf der drei K. Regierungen Preußen, Sachsen und Hannover gegenüber eingenommene Stellung ausgesprochen, indem er an die im nächsten Monat wieder zusammentretende Bürgerschaft folgende Anträge zu richten gedenkt: 1) daß auch Lübeck dem von den Regierungen der genannten drei Königreiche abgeschlossenen Bündnisse beitrete und dem provisorischen Bundes-Schiedsgerichte sich unterwerfe; 2) daß Lübeck dem neu zu bildenden deutschen Reiche sich angeschlossen und demnach sich damit einverstanden erkläre, daß der obgedachte Entwurf einer Reichs-Verfassung einem demnächst zu berufenden Reichstage zur Berathung und Zustimmung vorzulegen sei, dabei jedoch die Bedingung gemacht werde, daß der erste Absatz des §. 33. jenes Entwurfs („das deutsche Reich soll ein Zoll und Handelsgebiet bilden“ u. s. w.) auf den Lübeckischen Freistaat erst dann anzuwenden sei, wenn die Herzogthümer Holstein und Lauenburg dem deutschen Reiche gleichfalls beigetreten seien; 3) daß eintretenden Falles das auf diesen Reichstag von Lübeck abzuordnende Mitglied des Volkshauses nach den Bestimmungen des von dem K. Preussischen Staats-Ministerium eingesandten vorläufigen Wahlgesezes ernannt, der Senat aber ermächtigt werde, etwa erreichbaren Modifikationen dieses Gesezes, wodurch dasselbe den hiesigen Verhältnissen mehr entsprechen würde, ohne Weiteres beizustimmen.

Schleswig, den 24. Juni. Die Jütische Westküste, welche nicht besonders mit einem starken Detachement besetzt, weil ein Landungsversuch an diesem Punkte nicht zu befürchten war, ist gestern der Schauplatz eines kleinen Gefechtes gewesen, wobei die Schleswig-Holsteinische Kavallerie den Feind zurückwarf und eine Anzahl Bagagewagen erbeutete. Dies war bei Warde. Der Plan, Fredericia zu entsetzen ist also vorläufig gescheitert und erwartet man, daß dieser westliche Küstenpunkt, da die Dänen neue Landungsversuche anstellen werden, mit einem starken Truppencorps gedeckt werde.

Der Höchstkommandirende, General-Lieutenant v. Prittwitz, war einige Tage etwas unwohl, befindet sich jedoch bereits in der Besserung. Das Hauptquartier ist von Horsens nach einem ganz nahe dabei westlich gelegenen Herrenhof Bygholm verlegt,

dürfte aber bald weiter und zwar nordwärts, vielleicht nach Skanderborg oder Aarhus verlegt werden. Der Feind hat sich unter den Generalen Rye und Moltke in und um Randers konzentriert, von denen der Erstere einen Theil seines Truppencorps bei Aarhus stehen hat. Bis jetzt hat sich beim Vorgehen der Unsrigen der Feind immer zurückgezogen und es kam deshalb zu keinem Gefecht.

Gestern kam es auf der Halbinsel Sunde witt zwischen den dießseitigen und den Dänischen Vorposten zu einem Gefecht, wobei es den Unsrigen gelang, die Dänen aus ihrer Vorpostenstellung zu verdrängen und dieselbe einzunehmen. Bei diesem Scharmügel blieben zwei Anhalt-Röthener Soldaten und ein Nassauischer Unteroffizier.

Hadersleben, den 23. Juni. Hier ist die Nachricht eingegangen, daß von Hjerting aus die Dänen einen Ausfall gemacht haben nach Kolbing zu, das heißt bis 5 Meilen im Westen von Kolbing. (Bei Hjerting sollten sie gelandet sein, ob es eine neue Besatzung von Gnade oder eine andere Truppen-Abtheilung gewesen ist, welche diesen Zug gemacht hat, weiß man nicht.) Ihre Stärke wird sehr verschieden angegeben; Einige sprechen von 1000 Mann, Andere von 4000 M. Die Nachricht gelangte am 21. nach Kolbing. Es wurde Alarm geschlagen, die Kriegskasse nebst der Post nach Christiansfeld beordert und die Truppen zum Ausmarsch bereit gehalten. Die folgende Nacht verging ruhig, und man hat bis heute weiter nichts gehört, als daß die Dänen 16 Wagen mit Lebensmitteln und zwei Holsteinische Dragoner genommen haben.

Von der Königsau, den 24. Juni. Die Besitznahme von Aarhus von Seiten der Preußen wird hauptsächlich dem Mangel an hinlänglichem Proviant in den bisherigen Stationen zugeschrieben. Bei der Einnahme von Aarhus soll der Widerstand nicht erheblich gewesen sein, und schon sind, wie man sagt, die Preußen nach nördlicher gezogen, um den nachrückenden Baiern Platz in Aarhus einzuräumen. Gestern ging ein Transport von ungefähr 100 Dänischen Oxfen nach Hadersleben, um dort für den Bedarf der Reichsarmee in anderweitige Lebensmittel verwandelt zu werden. Es war dieser Zug von vier Kurhessischen Husaren begleitet, nach deren Aussage abermals 24 ihrer Kameraden von den Dänen aufgehoben sein sollen. Das Gerücht von dem Erscheinen der Dänen in der Gegend von Varde, so wie, daß diese Stadt von ihnen besetzt ist, bestätigt sich; nur haben wir bisher nicht erfahren können, von wo sie gekommen sind, ob zu Lande oder zu Wasser. Ein Transport von 16 mit Proviant beladenen Wagen, 1600 Mark an Gold, und zwei Schleswig-Holsteinische Dragoner sind von ihnen aufgehoben worden. Bei Arøjsund haben die Dänen gestern wieder einige Bomben gegen die dort an der Küste stationirten Fregatten geschleudert, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Hannover, den 23. Juni. Nachstehende Erklärung über den mehrfach berichteten Anschluß Hannovers an den Preussischen Zollverein hat der Handels-Verband in Hannover den Handels-Vereinen des Landes zugehen lassen: „Obgleich dem Handels-Vorstand in Hannover auf seine Anfrage wegen des befürchteten Anschlusses von den betreffenden Ministerial-Vorständen früher die beruhigendsten Versicherungen erteilt waren, so fand sich derselbe doch neuerdings sowohl durch das im Preussischen Staats-Anzeiger, sowie auch in der Preussischen Denkschrift darüber erschienene zu ähnlichen Besorgnissen veranlaßt, wie sie die Erklärung des Vorstandes des Vereins für Handelsfreiheit in Hamburg vom 18. Juni ausspricht. Der unterzeichnete Vorstand hat daher auch keinen Anstand genommen, die dadurch erweckten Befürchtungen dem betreffenden Ministerial-Vorstande offen vorzulegen, worauf ihm jedoch von demselben die beruhigende Erklärung geworden ist: „daß unter allen Umständen von einem Anschlusse Hannovers an den jetzigen Preussischen Zollverband durchaus keine Rede sein könne, indem zwar in dem mit der Preussischen Regierung vereinbarten Entwurf zu einer deutschen Reichsverfassung ein einiges Zoll und Handelsgebiet mit dem §. 33. angenommen sei, man sich jedoch über das dabei zu Grunde legende Zoll-System erst zu vereinbaren habe, und überhaupt die dießseitige Regierung bei der getroffenen Vereinbarung durchaus nicht gebunden sei.“ Wir hoffen hiermit der darüber herrschenden Aufregung und den eingegangenen desfallsigen Anfragen zu begegnen. Hannover, den 19. Juni 1849. Der Vorstand des Handels-Vereins.“

Göttingen, den 23. Juni. Die Göttinger Professoren haben an ihre Kollegen Böhl, Wais und Zacharia, welche an der Versammlung in Gotha theilnehmen werden, ein öffentliches Sendschreiben gerichtet, in welchem sie dieselben auffordern, für die von Preußen vorgelegte Reichsverfassung zu wirken.

Detmold, den 21. Juni. In der gestrigen Sitzung unserer Landstände, welche im Ganzen sehr interessant war, indem die Debatte bei der vorliegenden sogenannten Deutschen Frage, den gewöhnlichen Gesichtspunkt der Landesbedürfnisse verlassend, den Blick auf weite, größere Gebiete eröffnete und förmliche ausführlichere Reden brachte, die meistens nicht ohne Feuer und Witz waren, wie z. B. die des freilich wieder sehr excentrischen Pastors Kulemann, wurden die Anträge des Kommissionsberichts mit 20 gegen 5 Stimmen angenommen, es ist also der Regierung angerathen, im Verein mit den andern 28 Regierungen zu gehen und ohne Zustimmung der Landstände sich zu keinem Schritte zu entschließen, welcher die Veränderung des bisherigen verfassungsmäßigen Zustandes bezweckte. An Gesegvorlagen ist weiter bekannt gemacht: der Entwurf eines Gesezes über die Ausübung der Militärpflicht, und ein solcher, die Aufhebung des §. 3. der Erbfolgeordnung von 1795 betreffend. Es war nämlich Vorschrift, daß die Söhne und Töchter der Unterthanen auf dem Lande vor ihrer Verheirathung die Lehen mußten, wenn sie nicht von der Obrigkeit dispensirt wurden.

Frankfurt, den 24. Juni. Als Beispiel der Lügenberichte aus dem Insurgentenlager mögen die von der „Mannheimer Abendzeitung“ veröffentlichten Berichte über das Treffen bei Waghäusel vom 21. Platz finden:

1) Bericht des Bürgers Rosenblum an Bürger Struve. Das Treffen begann um 6 Uhr in der Nähe von Hockenheim bei Waghäusel. Die Unsrigen waren bloß ein Bataillon mit 4 Geschützen, und mußten Anfangs dem stärkeren Feinde weichen; dann aber kam Ver-

stärkung. Waghäusel wurde mit Sturm genommen — die Preußen eine halbe Stunde, bis zum Rhein zurückgeschlagen. In diesem Augenblick, 11 Uhr, sind die Preußen in fortwährend rückgängiger Bewegung. Der Verlust des Feindes ist sehr bedeutend. Von unserer Seite zählte ich bis jetzt 10 Verwundete, von denen nur 2 schwer, die anderen leicht. 24 Geschütze spielten unserer Seite gegen den Feind. Hockenheim, den 21. Juni 1849. Rosenblum.

2) Zweiter Bericht des Bürgers Rosenblum an Bürger Struve. Die Preußen, nachdem sie bis hinter Philippsburg zurückgedrängt waren, sollten dem Plane unseres Obergenerals zufolge in den Sümpfen hinter Philippsburg stecken bleiben. Dies gelang zwar insofern, als der Feind 5 Kanonen zurücklassen mußte, das Corps und die übrigen Geschütze zogen sich einer in der Nähe von Philippsburg gelegenen Fähr zu, woselbst sie gleichfalls 5 Geschütze ins Wasser warfen. Ein gefangener preussischer Lieutenant erzählte mir selbst, daß es wahrhaft wunderbar sei, wie badiſcher Seite sich so wenig Todte und Verwundete vorfinden. Von einer dreihundert Mann zählenden Kompagnie seien bei seiner Gefangennahme nur noch vierundzwanzig Mann übrig gewesen. Eben so seien von der Bedienung einer halben Batterie von 4 Geschützen nur noch 3 Mann übrig geblieben. Um 3 Uhr sollen die Preußen Philippsburg geräumt haben. Schlachtfeld zwischen Neulandheim und dem Rheine, am 21. Juni, 2½ Uhr Nachmittags.

3) Dritter Bericht vom Schlachtfeld. Bürger Danzer an Bürger Struve. Prinz Friedrich von Baden, welcher mit den Preußen gegen das Badische Volk bei Philippsburg kämpfte, wurde von einer Kanonentugel getroffen, welche ihm den linken Arm am Schultergelenke abriß. Schlachtfeld zwischen Waghäusel und Philippsburg, am 21. Juni, Nachmittags 4½ Uhr.

Dresden, den 25. Juni. Unter den neuerdings hier angekommenen nanhafteren Gefangenen befindet sich der vormalige Abg. Adv. Gausch aus Roßwein, welcher bisher in Rossen gefangen war. Die Zahl der Gefangenen hat sich auf einige 80 gemindert, so daß man das Gewandhaus bald gänzlich räumen zu können hofft. Das Füßler-Bataillon des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments, welches in diesen Tagen nach Berlin zurückkehren sollte, wird vorläufig noch hier bleiben, ist aber nach der Neustadt verlegt worden. Die zur Zeit hier befindliche (Polnische) Landwehr wird demnächst durch andere ersetzt werden.

Leipzig, den 24. Juni. Der schon seit längerer Zeit hier bestehende Central-Auswanderungs-Verein hat nunmehr seine Thätigkeit praktisch eröffnet. Am gestrigen Tage wurden von ihm 16 Personen nach New-York befördert und in den nächsten Tagen wird er weitere 24 nach Brasilien abreißen lassen. Die Meisten der Auswanderer hatten nur geringe oder gar keine Geldmittel zur Verfügung und erhielten deshalb solche aus der Kasse des Vereins; allein unter den gegenwärtigen Umständen stellte sich die Nothwendigkeit heraus, die Auswandernden den ungleich kostspieligeren Weg über Antwerpen nehmen zu lassen, und es muß daher der Verein auf baldiger Zufluß von Geldmitteln bedacht sein.

Zwickau, den 23. Juni. Sämmtliche Stadtverordneten und Stellvertreter (die Stadtverordneten-Versammlung war bekanntlich durch Regierungs-Befehl aufgelöst worden) sind von der Einwohnerchaft wieder gewählt worden.

Weimar, den 24. Juni. Der Landtag hat das Gesetz über Volks-Bewaffnung mit verschiedenen Modifikationen angenommen. Die beabsichtigte Volks-Bewaffnung ist nichts weiter als eine zwangsweise durchgeführte Bürgerwehr mit allgemeiner Dienstpflicht bis zum 45ten Jahre und der Verbindlichkeit, sich selbst auszurüsten. Die sämmtlichen Volkswehren werden unter ein Generalkommando gestellt. Was das Exercitium und die nähere Organisation betrifft, so mag jede Gemeinde zusehen, wie sie es treibt. Das Gesetz giebt in allen Gemeinden denen, welche sich selbst keine Waffen kaufen können, das Recht, von den Gemeinden Bewaffnung und Ausrüstung zu fordern. Dieses Gesetz hat namentlich auf dem Lande keinen Anklang gefunden, viele Gemeinden werden dagegen einkommen, und nur das kleine Häuflein der Republikaner freut sich, daß ihnen nunmehr von Staats oder Gemeinde wegen die Waffen geliefert werden.

Kassel, den 22. Juni. Vom Kurfürst. Ministerium des Innern ist heute folgender Beschluß an den Bezirksvorstand zu Marburg ergangen und den übrigen Bezirks-Vorständen zur Nachricht mitgetheilt worden: Dem Herrn Bezirks-Vorstand wird eröffnet, daß Vereine und Versammlungen, welche den Beschlüssen der zu Stuttgart unzuständigerweise niedergesetzten Regentſchaft Anerkennung und Geltung zu verschaffen beabsichtigen, dem durch Ministerial-Ausſchreiben vom 19. Oktober v. J. bekannt gemachten Reichsgesetze vom 28. Juni v. J., die Einführung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland betreffend, gegenüber offenbar verbotene Zwecke verfolgen, daher zu verlagern und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern sind.

München, den 20. Juni. Die zu der gestrigen Revue aus Bruck hierher gekommene reitende Artillerie wurde über Nacht in Haidhausen einquartiert, wo es zu sträflichen Excessen kam. In einem Wirthshause war eben Hochzeit, und die einquartierte Mannschaft ward dabei freundlich zu Tisch geladen; sie war jedoch gar bald betrunken, und da Soldaten der Kellnerin mit dem Säbel die Krüge aus der Hand schlugen, so war hiermit das Signal zu einem nicht unbedeutenden Ausbruch von Vandalismus gegeben. Ein Hausknecht erhielt eine Kopfwunde, an deren Folge er diesen Morgen starb; einem anderen Civilisten wurde die Hand abgehauen, und noch andere Verwundungen setzte es ab. Endlich rückte die haidhauser Bürgerwehr aus und suchte das Eigenthum ihres Mitbürgers vor gänzlicher Verwüstung zu schützen, was jedoch nur theilweise gelang, da die Zerstörung schon zu weit um sich gegriffen hatte. Inzwischen stellten diese Bürger möglichst die Ruhe her.

(Angsb. Abdzg.) Der Prinz und die Prinzessin von Joinville sind am 20. d. von Koburg kommend hier eingetroffen und haben sich am 21. nach Stain begeben, um Ihrer Majestät der Kaiserin Wittve von Brasilien, ihrer Mutter und Schwiegermutter, einen Besuch zu machen.

Stuttgart, den 23. Juni. In unserem Ministerium ist, wie man sich hier offen erzählt, ein ernstlicher Zwiespalt ausgebrochen, der wahrscheinlich mit dem Rücktritte Römers enden wird. Dieser halb auf revolutionärem, halb auf historischem Boden stehende Minister-Chef verharret noch immer auf einer Anerkennung der Nationalversammlung, trotzdem er den Rest aus Stuttgart verjagt. Er hat demzufolge die Württembergischen Reichs-geordneten noch nicht zurückberufen, ja er zahlt ihnen noch heutzutage ihre Diäten aus. Mit dieser eigenthümlichen Prozedur können sich indessen seine konsequenteren Kollegen nichts weniger als zufrieden erklären. Sie bestehen auf eine offiziöse Desavouierung des Rumpfparlaments, auf eine Abberufung der residirenden Reichs-deputirten Württembergs, sowie auf Entziehung ihrer Diäten im Falle einer Renitenz.

Die Unruhen in Baden erhalten unser Land in einer fieberhaften Aufregung, welche sich viel mehr in den Provinzialstädten, als in der Residenz kund thut. Während hier noch kein Versuch zu einem Freischaaenzug nach Baden gemacht worden, trifft das Land ernsthaft, wenn gleich vereinzelte Anstalten, den benachbarten Revolutionären zu Hülfe zu eilen. In diesen Tagen sind aus Reutlingen 50 Personen, aus Tübingen 150, mit dem Sohne eines Pfarrers als Führer, nach der Badischen Grenze hin ausgezogen. Sie gingen zunächst nach Pforzheim, um die dort bereits ausgerückte, i. g. Schwäbische Legion zu verstärken. Letztere steht nun schon seit vielen Tagen an der Grenze, fühlt sich aber noch nicht stark genug, um vorzurücken. Sie hat bereits mehrere Proklamationen an das Schwäbische Volk erlassen, sich ihr anzuschließen, allein, abgesehen von obgedachten Zugelern, sind ihre Ausrufe noch meistens unerhört geblieben. Dafür nun fängt sie sämmtliche reisende Handwerksburschen auf, um sie in ihre Reihen zu stellen. Wie die Sachen bereits jetzt in Baden stehen, wird sie voraussichtlich zum Vorrücken nicht kommen, es ist aber zu befürchten, daß sie zur Insurgirung des Königreichs sich herbeilassen könnte. Unsere Regierung läßt daher, sowohl um diesem Vorhaben, als dem etwaigen Einbruche von zersprengten Insurgentenschaaren vorzubeugen, Militair nach der Grenze vorrücken. Das 5. Regiment hat bereits Ordre dazu erhalten, obgleich dieselbe wieder auf einige Tage sistirt worden.

Hauptquartier des Generals v. Peucker, den 25. Juni. Noch am Nachmittage des 22. ist die Avantgarde des Korps von Algislerhausen bis Waiblingen auf der Straße nach Sinsheim vorgegangen. Dort ging die Meldung ein, daß sich bei Sinsheim eine feindliche Truppe von etwa 1200 Mann und 6 Kanonen befände, gegen welche daher sofort 2 Bataillone und 6 Geschütze entsendet wurden. Dieselbe fanden die starke Position vom Feinde besetzt; es entstand ein lebhaftes Tirailleur- und Gewehrfeuer, welches wegen der Dunkelheit um 9½ Uhr abgebrochen wurde. Als am 23. früh die Avantgarde gegen Sinsheim vorging, fand solche den Ort geräumt. Die Insurgenten hatten, nach den von Mirosławski und Sigel gemachten Neußerungen, durch den Plankmarsch des Neckarkorps ihre starke Stellung am Neckar als unhaltbar erkannt und sich entschlossen, dieselbe schnell zu räumen, wobei der Rückzug zum großen Theile über Sinsheim genommen wurde. Noch am 23. Juni Abends kam das Korps mit dem General v. Hirschfeld in Verbindung und ist am 24. nach Eppingen, die Avantgarde gegen Bretten vorgezogen. Dem Korps sind eine kleine Kriegs-Kasse und 7 leichte Feldgeschütze in die Hände gefallen, auch ist bei Sinsheim der berühmte Dieb gefangen und in Ketten nach Mainz gesandt worden.

Vom Badischen Kriegsschauplatz. Das Corps des Generals v. Hirschfeld hatte am 23. Vormittags ein breitschändiges Gefecht bei Ubstadt — zwei Stunden (nördlich) von Bruchsal — und 4000 Mann Freischützer wurden dahin zurückgeworfen. Am 24. ging der General v. Hirschfeld sodann auf Bruchsal los und vor Mittag wurde die Stadt noch genommen. Da Mirosławski am 22. in der Nacht sich von Rusploch aus in's Gebirge zurückzog — und bis Sinsheim nur 3 Stunden Weges zurückzulegen brauchte, um dem Gros des Generals v. Peucker zuvorzukommen — so ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß er mit einem Theil seiner Anhänger sich — wie wir es voraussahen — durchgewunden hat, denn bis dato ist uns nur die zuverlässig scheinende Kunde zugekommen, daß der General v. Peucker den Mirosławski verfolgte und am 23. in Sinsheim war. Von Sinsheim hatte Mirosławski sodann nur 3 Stunden Weges bis Eppingen zurückzulegen, und er hat sonach diesen Ort höchst wahrscheinlich noch am 23. Abends erreicht. Da von Eppingen nach Bretten nur 4 Stunden Weges zurückzulegen sind, so ist vorauszusetzen, daß Mirosławski daselbst schon am 24. gegen Mittag eintraf und unfehlbar viele Flüchtlinge aus Bruchsal dort vorfand — denn es wurde Bruchsal, wie oben erwähnt, um 11 Uhr Mittags genommen und die tapferen Freischützer werden sich wohl zeitig genug auf die Strümpfe gemacht haben. (Bretten ist nur 4 Stunden Weges von Bruchsal entfernt). Es ist nicht zu vermuthen, daß Mirosławski von Bretten aus sich nach Karlsruhe gewendet, und wir kommen daher auf unsere Meinung zurück, indem wir ihn in Pforzheim am 25. Juni eintreffen lassen, — wenn er nicht vielleicht, von denen, die er angeführt hat, todt geschlagen wurde. (G. J.)

Mannheim, den 23. Juni. Gestern Abend haben die Preussischen die Stadt besetzt, nachdem die Bürgerschaft mit Hülfe der hier liegenden Dragoner den Civilkommissar Trübschler verhaftet hatte. Dieser war eben im Begriff, die Flucht zu ergreifen und die Kreis-Kasse mitzunehmen. Eine Locomotive war schon geheizt, Alles zur Flucht fertig, als ihn die Dragoner noch im Bahnhof erreichten und festnahmen. Der Gemeinderath sandte eine Deputation nach Käfertal, Jedderheim und Ladenburg, um den commandirenden General zum Einrücken zu veranlassen. Um halb 8 Uhr kamen zuerst zwei Bataillone, dann eine kleine Abtheilung, um 10 Uhr eine größere Macht. Sogleich wurden die Hauptstraßen erleuchtet, die Freude aller wohlhabenden, ordnungsliebenden Bürger ist unaussprechlich; dagegen fürchten die Rothen. Ladenburg und Schriesheim ist vom General von der Gröben besetzt; hier commandirt General Hölle. Vom Prinzen von Preußen hat man hier keine sichere Nachrichten; man weiß nur, daß er Graben und Philipps-

burg besetzt hat und am letzten Orte von Mirosławski angegriffen wurde. Man hörte deutlich den Kanonendonner; die „Abendzeitung“ verkündete den Sieg ihrer Partei. Aber die Führer wußten, daß die Sachen anders stehen, und entflohen meistens. Wir wissen hier noch nichts von dem Schicksal Heidelbergs. General Peucker ist am 19. von Weinheim über Jülich, Hirschhorn, Zwingenberg nach Wiesbaden, Sinsheim, Langenbrücken marschirt und versucht den Aufständischen den Odenwald zu verschließen. Wahrscheinlich ist auch Neckargemünd und Wiesloch von ihm besetzt worden. Wir hoffen, daß Mirosławski nicht entgehen wird. Ueber Karlsruhe wissen wir nichts; man sagt, die dortigen Gensd'armen hätten die ganze provisorische Regierung gefangen genommen. Das ist aber nur Gerücht.

Landau, den 18. Juni. Der Kommandant der Festung, Herr General-Major von Jocke, hat heute den folgenden Tagesbefehl an die Besatzung erlassen: „Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen haben bei Ihrem gestrigen kurzen Aufenthalte in dieser Festung die glänzendste Anerkennung für die ausgezeichneten Dienste, welche die Offiziere und treugebliebene Mannschaft seit mehr als einem Monat zur Erhaltung der Festung Landau mit so vieler Hingebung leisteten, in für die Kaiserlichen Waffen ehrenden Ausdrücken ausgesprochen, und dabei vorzüglich mit Nachdruck hervorgehoben, daß durch diese seltene Treue und Ausdauer die Garnison von Landau sich die Achtung und Bewunderung aller Militairs, namentlich der Preussischen Armee und den Dank des Deutschen Vaterlandes erworben habe, und überdies als größter Lohn jeder, der hier seine Pflicht so treu erfüllt, ein höchst erheben- des Bewußtsein im Herzen trage. Freiherr von Jocke, General-Major und Festungs-Kommandant.“

Donaueschingen, den 21. Juni. Gestern Abend kamen unerwartet die Mitglieder der provisorischen Reichsregentschaft dazuhier an. Die Kunde verbreitete sich, wie natürlich, mit Windeseile durch die Straßen. Auf dem Plage zur Post sammelte sich bald eine Volksmasse, und die Musik des ersten Aufgebots brachte ein Gländchen. Nicht nur aus diesem Anlaß, sondern auch bei der heute früh erfolgten Abreise hörten wir unter Paradirung einer Kompagnie des zweiten Badischen Infanterie-Regiments und des ersten und zweiten Bürgerwehr-Aufgebots Reden von Ravaux und Vogt, worin die Sprengung der Nationalversammlung in Stuttgart mit den lebhaftesten Farben geschildert wurde. Mag man die Sache betrachten, wie man will, die ganze Erscheinung konnte nicht verschleiern, den peinlichsten, wehmüthigsten Eindruck zu machen. Das Reiseziel ist angeblich über Freiburg nach Karlsruhe.

Stodach, den 20. Juni. Heute Mittag 12 Uhr trafen die Mitglieder der Reichsregentschaft in fünf Schiffen und unter Begleitung der Meistkürer Demokraten hier ein und stiegen im Gasthof zum Adler ab. Als bald zeigte sich ein reges Leben, für die Bürgerwehr wurde Generalmarsch geschlagen und Völlerschüsse verstanden das Dasein der Gäste. Unter dem Hinausläuten aller Glocken und nachdem Vogt an die versammelte Bürgerwehr noch eine Anrede gehalten hatte, reiste die Reichsregentschaft in Begleitung der Bürgerwehr und des Gemeinderaths um 2 Uhr nach Engen ab. Wie man sagt, geht die Reise nach Donaueschingen, wo die Nationalversammlung ebenfalls nach und nach eintreffen soll. (Schw. M.)

Oesterreich.

Wien, den 21. Juni. In den Salons wird die heute ex- cutirte Ausweisung der sanftmüthigen Fürstin Margarethe-Caroline, geborne Radzivil besprochen und allgemein gebilligt. Sie bewohnte im Sommer ein Landhaus in dem nahen Weinhaus. Seit den unglücklichen Barrikadentagen Wiens, wobei sie Gold mit vollen Händen auf die Aulä schickte, hatte sie die Hauptstadt nicht verlassen und wenn man einen Feind Oesterreichs suchen wollte, so dürfte man nur ihre Salons betreten. — Nach Berichten aus Semlin vom 20. d. hatte sich allort ein schreckliches Unglück ereignet. Durch Unvorsichtigkeit oder Leichtsinns des Personals, slog ein mit Munition und Pulver für den General-Knicanin bestimmtes Schleppschiff in die Luft. Das Dampfschiff, an welches Letzteres angehängt war, ist unbrauchbar geworden und 50 Menschen verloren dabei ihr Leben. Die Explosion war, da allein 50 Zentner Pulver in die Luft slogen, so entsetzlich, daß ganz Semlin in Schrecken gerieth und selbst in Belgrad wurde alles von panischem Schrecken ergriffen, weil man dort glaubte, die Magyaren seien dabei wieder im Spiele. — Der Banus macht mit seiner Armee reisende Fortschritte; das ganze Backer Comitatz ist unterworfen, Zambor besetzt und selbst Theresianopol schickt sich zum unterwerfen an. Mit einem Schlag hat er Perczel's Corps zerläßt, und ohne weiteren Widerstand rücken seine Truppen im südlichen Ungarn vor. FML. Clam Gallas ist bei dem russischen Corps in Czernitz in der kleinen Wallachei eingetroffen und hat das Commando übernommen. Seine Operationen sind mit denen des russischen Generals combinirt.

Eger, den 22. Juni. Auf dem fürstlich Metternichschen Schlosse Königswart, welches in unserer Nähe liegt, sind Befehle eingetroffen, welche anzudeuten scheinen, daß der Fürst in nicht allzulanger Zeit nach Oesterreich zurückkehren gedenkt. Im vorigen Jahre nämlich hatte er Befehl gegeben, einen Theil der reichen Sammlungen, welche in diesem Schlosse aufgestellt sind, einzupacken und nach England zu schicken. Später wurde der Befehl der Absendung widerrufen, und neuerdings ist der Auftrag eingegangen, die eingepackten Gegenstände wieder in der früheren Weise aufzustellen und einige andere Anordnungen zu treffen, welche auf jene Rückkehr deuten.

Frankreich.

Paris, den 23. Juni. Geseßgebende Versammlung. Sitzung vom 23. Juni. Der Präsident Dupin eröffnet sie um 1½ Uhr. Mole schlägt vor, dem Heere in Lyon und dessen Oberen den Dank der Versammlung abzusprechen, was sofort angenommen wird. Vaubard, als Berichterstatter des Ausschusses zur Wahl der Staatsraths-Mitglieder, verliest die Namen, worauf eine Stimme zur Linken laut ruft: „Nicht ein einziger Republikaner!“ (Lärm) Der Minister des Innern legt einen Geseßentwurf vor, wonach die, im Juni v. J. verhängte Auflösung dreier hiesiger Bürgerwehr-Regionen (der 8., 9. und 12.) bis zum Schlusse d. J. bestehen bleiben solle. Der Minister zeigt gleichzeitig an, daß die Regierung ein Geseß zur Umgestaltung der Bürgerwehr vorbereite. Zwei Geseß-

würfe wegen Abschluß eines Postvertrages mit Belgien, und eines anderen mit Baiern; wegen Anlage einer Eisenbahn von Straßburg nach Speyer, gehen an die Abtheilungen. Der Ober-Staatsanwalt verlangt die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Marc Dufraisse, wegen eines Zeitungsartikels. Der Antrag geht an die Abtheilungen. Diese schlagen die früher beantragte gerichtliche Belangung des Abg. Malardier (von der Nièvre) vor, und die Versammlung tritt diesem Vorschlage bei. Vaudin befragt den Minister über einen nächtlichen Besuch, den die Polizei in einem Lokale, wo sich die Bergmitglieder versammeln, gehalten. Der Minister des Innern wird Montag darauf antworten. (Schluß 2½ Uhr.)

Der Justizminister hat gestern an alle Oberstaatsanwälte ein Rundschreiben erlassen, worin es heißt: „Ich bin früher öfters befragt worden, ob der Ruf: „es lebe die sociale Republik!“ oder die Entfaltung der rothen Fahne als Vergehen angesehen werden könnten. Vor den letzten Ereignissen antwortete ich, daß die gerichtliche Verfolgung sich dabei den Umständen unterzuordnen hätte. Heute wird meine Antwort bestimmter sein: ein Ruf und Farben, welche das Zeichen und Sinnbild des Bürgerkrieges sind, dürfen fortan nicht unbestraft bleiben. Das Geseß über die Clubs und gefährlichen Vereine wird Ihnen die Mittel geben, diese Herde für Nahrung und Aufstachelung der Leidenschaften zu vernichten. Die aus den Clubs geschwungenen Gewaltthatigkeiten dürfen aber auch keine gefährlicheren Organe, vielleicht in Zeitblättern oder in Flugschriften, welche in Städten und Dörfern etwa vertheilt werden, finden.“

Paris, den 24. Juni. Ein vom Kriegsminister erlassener Tagesbefehl an das Heer lautet: „In Paris, in Lyon, in mehreren Departements hat die Armee während der letzten Tage dem Lande und sich selbst unermessliche Dienste geleistet. Sie hat alle Verleumdungen Lügen gestraft, welche sie anklagten, mit der Partei der Unordnung im Einverständnis zu sein. Sie hat rühmlich den Faktionen gegenüber ihre Fahne erhoben. Ihr Platz in der Gesellschaft ist genau bezeichnet, sie ist die Beschützerin der Ordnung und folglich der Freiheit unter dem Geseße. Ihre Ansprüche auf einen gerechten Stolz sind aufs Neue geheiligt, hierin liegt die Belohnung der Disciplin, des Muthes und der Hingebung. Soldaten! Im Namen des Präsidenten der Republik und der Regierung, wünscht der Kriegsminister Euch Glück. Er dankt Euch im Namen des ganzen Vaterlandes.“

Ein socialistischer Schriftsteller, der sich in seinen Pamphlets zu erweisen bemühte, daß der Diebstahl berechtigt ist, hat den Riffenhof der Seine anderer Meinung gefunden und ist zu 2 Jahren Gefängniß und 2000 Fr. Geldbuße verurtheilt worden.

Großbritannien und Irland.

London, den 23. Juni. Der neuernannte Befehlshaber der Truppen im niederländischen Ostindien, der Herzog Bernhard von Sachsen Weimar, ist am 23. April in Singapore angekommen und hat am 26. seine Reise nach Batavia fortgesetzt. Die gegen Bali abgesendete Expedition unter General Michiels war am 28. März auf der Höhe von Baliling angekommen, sogleich gelandet und hatte sich in den Besitz von Singa-Kadscha gesetzt. Von den Balinesen waren darauf Unterhandlungen angeknüpft worden, welche mehrere Tage dauerten. Als man indeß endlich bemerkte, daß es nur auf Zeitgewinn abgesehen war, rückten die Holländer wieder vor und eroberten nach dreizehnstündigem Kampfe am 13 April Dschagaraga, den Ort, vor welchem sie im vorigen Jahre ihre Niederlage erlitten hatten. Der Widerstand der Balinesen scheint ein sehr heftiger gewesen zu sein, denn das verhältnißmäßig sehr kleine Expeditionskorps verlor an Todten und Verwundeten zwei Oberlieutenants, 1 Major, 4 Hauptleute und 143 Unteroffiziere und Soldaten. Der eroberte Ort, der von den Vertheidigern vor der Einnahme gänzlich geräumt worden war, wurde mit einem Bataillon besetzt, und der Rest des Korps zog sich gegen die Küste zurück. Ob man es noch wagen wird, dem Feind in das Innere des Landes zu folgen, scheint mehr als zweifelhaft.

Da alle Bemühungen, den Sklavenhandel zu unterdrücken, von geringem Erfolg begleitet gewesen, so scheint man es jetzt mit direkten Sendungen an die Afrikanischen Fürsten versuchen zu wollen, welche jenes schmachliche Geschäft befördern. Sehr merkwürdig ist der Bericht des Herrn Cruikshank über seine Sendung an den Hof des mächtigen Königs von Dahomey, der jährlich 9000 Sklaven ausführt. Der Reinertrag des Verkaufs wird auf 300,000 Pfaster jährlich angeschlagen; man wird sich daher nicht wundern, daß er eine ihm von England angebotene Entschädigung von 2000 Dollars jährlich ausgeschlagen hat und in der Ausfuhr von Palmöl, so wie in den Kaffee- und Baumwollen-Pflanzungen, sein hinlängliches Surrogat für seine Einkommensquelle aus dem Menschenhandel erblickt. Der König, der als ein Mann von Geist geschildert wird, hatte eine fünfständige Unterredung mit dem britischen Abgesandten und erklärte, daß er für seine Person nichts gegen die Unterdrückung des Sklavenhandels habe, aber nicht einsehe, wie er sein Heer und seinen Hofstaat erhalten oder seinen Weibern Pug verschaffen solle.

Der Kaiser von China hat, nach den neuesten Berichten aus Hongkong vom 24. April, den Engländern den Eintritt in Canton, der ihnen durch den Vertrag von 1847 vom 6. April d. J. an zugesichert war, verweigert. Den englischen Kommissär sollen Instruktionen von Lord Palmerston abhalten, vor der Hand etwas gegen diesen Vertragsbruch zu thun. Er soll darüber etwas nach England berichten. Die durch die Weigerung der Chinesen anfangs erregte Beforgniß scheint völlig beschwichtigt, und die Geschäfte haben ihren Fortgang. Dr. Bowring hat sein Amt als Englischer Konsul in Canton angetreten. Der Kaiserliche Kommissär Seu, den er um eine feierliche Antrittsaudienz hatte ersuchen lassen, hat dieß Begehren, um keinen unbequemen Präzedenzfall zu erzeugen, abgelehnt.

Gestern ist zum ersten Male unmittelbar aus Kalifornien eine Goldsendung im Werthe von 60,000 Dollars in Liverpool eingetroffen.

Belgien.

Brüssel, den 24. Juni. Die Indép. giebt einen ausführlichen Bericht über die Expedition des Schiffes Marie Luise nach dem Rio

Rumex an der afrikanischen Küste, wo der König der Malanen, Lamin, Belgien einen Theil seines Gebietes abgetreten hat.

Russland und Polen.

St. Petersburg, den 21. Juni. Se. Majestät der Kaiser hat unterm 13. d. folgenden Tagesbefehl an das Heer erlassen: „Soldaten! Neue Kämpfe, neue Kämpfe stehen Euch bevor! Wir gehen einen Bundesgenossen unterstützen bei der Bewältigung desselben Aufruhrs, der, vor achtzehn Jahren in Polen von Euch niedergeworfen, aufs Neue in Ungarn sein Haupt erhob. Mit Gottes Hülfe werdet Ihr Euch als dieselben rechtgläubigen Krieger bewähren, als welche die Russen sich immer und überall zeigten: furchtbar den Feinden alles Heiligen, großmüthig gegen die friedlichen Bürger. Das erwartet von Euch Euer Kaiser und unser heiliges Russland. Vorwärts, Kinder, unserem Felden von Warschau nach, zu neuem Ruhme! Mit uns ist Gott!“

Schweiz.

Bern, den 19. Juni. Aus den innern Kantonen erfährt man bedeutliche Berichte über die dortige Wassernoth. In Luzern ist die Neuf ausgetreten und der ganze Quai vor der Jesuitenkirche unter Wasser gesetzt. Die Fläche von Klüden bis Altorf soll so unter Wasser stehen, daß sogar auf vielen Stellen der Landstraße die Pferde bis an den Bauch im Wasser gehen. Auch Brunnen steht ganz unter Wasser.

Solothurn, den 18. Juni. Im Echo vom Jura liest man: „Der Durchmarsch der Deutschen und Allermwärts-Freischärler dauert hier noch immer fort. Es vergeht fast kein Tag, wo nicht Einzelne oder Züge von 30 bis 50 Mann durchpassiren; Alles drängt nach Baden.“

Dänemark.

Kopenhagen, den 24. Juni. Die „Ober“ brachte uns also keinen Frieden; es waren nur neue Instruktionen, die der Kammerherr Nedby verlangte, und der Kammerjunker Quaade kehrte mit solchen versehen den 21. d. über Lübeck wieder nach Berlin zurück. Man erzählt in den Deutschen Zeitungen, daß Dänemark, so lange die Centralgewalt noch bestünde, keinen Frieden mit Preußen schließen wolle, und daß die Unterhandlungen deshalb in die Länge gezogen würden; in-besseren hat unser Bevollmächtigter keine derartigen Hindernisse in den Weg gelegt; Dänemark hat ja außerdem die Centralgewalt nie anerkannt, würde folglich mit dieser keine Unterhandlungen anknüpfen können. Dagegen wird erzählt, daß die abgesandten Instruktionen die von dem Unterhändler zu fordernden Garantien betreffen, da man natürlich die traurigen Erfahrungen von dem letzten Waffenstillstande nicht erneuern will.

Italien.

Rom, den 14. Juni. Die Nachrichten aus dem französischen Lager vor Rom reichen bis zum 16. Juni. Wann der allgemeine Sturm eröffnet werden sollte, war noch nicht bekannt. Am 15. war die Bresche in einer Weite von 20—25 Metres offen gelegt. General Dudinot soll den Ausländern, welche zur Vertheidigung der Stadt unter Waffen waren, einen Vorschlag zur Capitulation unter günstigen Bedingungen gemacht haben, und auf ihre Erwiderung, daß sie ohne Vaterland seien, ihnen angeboten haben, sie nach Afrika bringen zu lassen, wo sie mit Beibehaltung ihrer gegenwärtigen Grade eine Fremden-Legion bilden könnten. Zwei der Triumvirn sollen geneigt gewesen sein, auf diese Bedingungen einzugehen, Mazzini jedoch sich entschieden widersetzt haben. Die Widerstandsfähigkeit Roms und die Fortdauer der Vertheidigung hängt natürlich hauptsächlich von den Fremden-Legionen ab, da die Masse der Bevölkerung nicht eben sehr geneigt zu sein scheint, sich mit den Franzosen zu schlagen. Aber selbst unter den Fremden, sogar unter Garibaldi's Schaaren, lassen sich bereits bedenkliche Anzeichen verspüren. Die Polnische Legion, 6—700 Mann stark, soll zu den Franzosen übergegangen sein, indem sie erklärte, sie wolle nicht länger in den Reihen der gegenwärtig in Rom herrschenden Vanditen dienen.

Es wird versichert, daß die französische Regierung durch Depeschen des Herrn von Harcourt die Mittheilung erhalten habe, daß Oesterreich, Spanien, Neapel und die übrigen katholischen Mächte mit dem Prinzip der Säkularisation der päpstlichen Regierung vollkommen einverstanden seien. Der Papst soll sich noch

nicht bestimmt darüber ausgesprochen haben; doch nahm man an, daß er sich nachgiebig zeigen werde.

Der Friede zwischen Piemont und Oesterreich wird nach einigen Angaben als nahe bevorstehend, nach andern als bereits abgeschlossen geschildert. Am 21. war an der Wiener Börse allgemein die Nachricht verbreitet, daß General Morimida sich schon von Mailand nach Turin begeben habe, um die Unterschrift des Königs einzuholen. — Victor Emanuel ist fast ganz wiederhergestellt. — Die Beschießung Venedigs dauerte am 17. noch fort.

Locales etc.

Posen, den 17. Juni. (Sitzung der Stadtverordneten vom 17. Juni.) Die Sitzung wird nach 3 Uhr durch den stellvertretenden Vorsteher, Stadtverordneten Müller, mit einer Ansprache an die Versammlung eröffnet, in welcher er die heute neu eintretenden Stadtverordneten H. Matecki, Gajdowski, Kaas, Breslauer, L. Jaffe willkommen heißt. Zwei von den neuen Mitgliedern fehlen: Dr. Altman ist verreist und der siebente Bezirk ist nicht vertreten, da die betreffende Wahl des Hrn. v. Moraczewski, wegen vorgekommenen Formfehlers durch neuen Beschluß für ungültig erklärt, die angeordnete Neuwahl aber noch nicht erledigt ist. — Als nun zur Wahl des neuen Büreaus geschritten werden soll, erhebt sich von einigen Seiten Widerspruch gegen die Legalität und Ausführbarkeit dieses Aktes, da derselbe nur von der vollzähligen Versammlung vorgenommen werden dürfe, hier aber zwei Mitglieder fehlten. Dies führt zu einer lebhaften Debatte, in welcher die einzelnen Redner die bezüglichlichen SS. des Gesetzes in diesem oder jenem Sinne ausgelegt wissen wollen. Auch darüber werden Zweifel angeregt, ob der zeitige Vorsitzende, Hr. Müller, zur Abhaltung dieser Versammlung überhaupt befugt sei. Die Berechtigung wird von demselben aus den herbeigeschafften Aktenstücken zur Evidenz bewiesen. Da die Mehrheit sich nach geschlossener Debatte für Vollziehung der Wahl entscheidet, so geht dieselbe vor sich. Die Mitglieder Koltski und Breslauer entsprechen der Aufforderung, die Stimmzettel zu verteilen und einzusammeln. Die Ergebnisse der vier Wahlacte sind folgende: Das erste Mal stimmen 16, die drei andern Male nur 15, von diesen nun ist einstimmig gewählt worden, zum Vorsteher Hr. Knorr, zum Schriftführer Hr. Hirsch, zum Stellvertreter des Vorstehers H. Müller, zum Stellvertreter des Schriftführers H. Mamroth, mithin durchgehend das bisherige Bureau. Der neugewählte Vorsteher spricht der Versammlung in einigen Worten seinen Dank aus für das ihm abgemachte Vertrauen. — Die Herren Matecki, Pilaski, v. Crouzaz, Koltski, Gajdowski, Gajdowski und Kaas, welche sich der Abstimmung enthalten haben, geben ihren Protest zu Protokoll, indem sie die gegenwärtige unvollständige Versammlung als zur Vornahme der Beamtenwahl durchaus nicht berechtigt betrachten müßten. — Als einzigen weiteren Gegenstand kündigt der augenblicklich noch als Vorsitzender fungirende Stadtverordnete Müller einen zu vollziehenden Consens an. Auch gegen dieses Geschäft opponirt dieselbe Minorität und namentlich der Stadtverordnete Matecki grundsätzlich, weil der Gegenstand nicht vorher schon auf der Tagesordnung gestanden habe. Der Redner verlangt, daß jedesmal drei Tage vor der Sitzung die in derselben zu beratenden Gegenstände in dem Amtsalokal öffentlich ausgelegt werden sollten. Nach gehöriger Information. Mitglied Knorr spricht über die Unausführbarkeit dieser Forderung, zugleich die bisherige Observanz darlegend. Die Majorität entscheidet sich für Vollziehung des Consenses. — Mitglied Matecki erneuert den bereits früher von ihm erhobenen Einwand, daß die Funktion des Stadtverordneten Müller als Vorsteher mit der Verkündigung der neu gewählten Beamten ihre Endschafft erreicht habe, und daß Mitglied Knorr, wenn er zuletzt, nachdem Hr. Müller ihm den qu. Consens eingehändigt, in seiner neuen Eigenschaft als Vorsteher gesprochen habe, dies auch von der entsprechenden Stelle herab hätte thun müssen. Hr. Müller: „Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.“

† Jaraczewo, den 24. Juni. So eben ist bei einem Tanzvergnügen hieselbst eine großartige Schlägerei vorgekommen, bei welcher auch nicht unbedeutende Verwundungen stattgefunden haben. — Diese Schlägerei artete so weit aus, daß sich die Tumultuanten den Anordnungen des herbeigekommenen Bürgermeisters Telke und Gendarmen Snowadzki sogar thätlich widersetzen. Dabei wollte auch der Gendarm Snowadzki von seiner Seitenwaffe Gebrauch

machen, die Klinge wurde aber bald, von einem Aufseher, in der Absicht sie zu zerbrechen ergriffen. — Snowadzki konnte und wollte sich dies nicht gefallen lassen, riß die Klinge schnell aus der Hand des Tumultuanten, wodurch Letzterer eine nicht unbedeutende Wunde erhielt. Auch die Person des Bürgermeisters Telke wurde nicht verschont. Diefem Beamten gelang es indeß, sich nicht nur selbst vor weiteren Mißhandlungen zu schützen, sondern auch durch energisches Einschreiten den Räubelführer zu verhaften.

Marktberichte. Berlin, den 26. Juni.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 57—63 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 28—30 Rthlr., pr. Juni/Juli 28½ Rthlr. bez. u. Br., Juli/August dito, August/Sept. 29½ Rthlr. Br., Sept./Okt. 30½ a 30½ Rthlr. verk. Gerste loco 22—24 Rthlr., kleine 19 bis 21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 17—18 Rthlr., 48 Pfund. laut Connoiffem. 17 Rthlr. bez., Sept./Okt. 18½ a 18 Rthlr. Erbsen, Kochwaare 28—30 Rthlr., Futterwaare 27—28 Rthlr. Rübol loco 13½ Rthlr. Br., 13½ Rthlr. bez. u. Br., pr. Juni dito, Juni/Juli 13½ Rthlr. Br., 13 Rthlr. bez. u. Br., Juli/Aug. 13 Rthlr. bez. u. Br., Aug./Sept. dito, Sept./Okt. 12½, 12½ u. 12½ Rthlr. verk., Okt./Novbr. 12½ Rthlr. Br., Novbr./Decbr. dito. Leinöl loco 10 Rthlr. Br., Lieferung 10 Rthlr. Br., 9½ G. Mohnöl 17½ Rthlr. Br. Hanf 13 a 12½ Rthlr. Palmöl 13½ a 13½ Rthlr. Süßöl-Thran 10½ Rthlr. Br.

Spiritus loco ohne Faß 16½ a 16½ Rthlr. bez., pr. Juni/Juli 16½ a 16½ Rthlr. verk., Juli/Aug. 16½ Rthlr. Br., 16½ G., Aug./Sept. 16½ Rthlr. bez. u. Br., 16½ G., Sept./Okt. 17 Rthlr. nominell.

Posen, den 27. Juni. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 14½ bis 14½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 27. Juni 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	102	101½
Staats-Schuldscheine	3½	—	80½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	102	101½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	76½
Berliner Stadt-Obligationen	5	98½	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	85½	—
Grossh. Posener	4	—	97½
Ostpreussische	3½	—	80½
Pommersche	3½	93½	93½
Kur- u. Neumark.	3½	93½	93½
Schlesische	3½	—	89½
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	90	89
Friedrichsd'or	—	13½	13½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	81	80½
„ „ Prioritäts	4	—	86½
Berlin-Hamburger	4	—	65½
„ „ Prioritäts	4½	—	92
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	58	58½
„ „ Prior. A. B.	4	—	85
Berlin-Stettiner	5	95	—
Cöln-Mindener	4	104	103½
„ „ Prioritäts	3½	—	81
Magdeburg-Halberstädter	4½	93	93
Niederschles.-Märkische	4	—	74½
„ „ Prioritäts	3½	—	88
„ „ III. Serie	5	—	99½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	95½
„ „ B.	3½	—	95½
Rheinische	4	—	—
„ „ Stamm-Prioritäts	—	—	—
„ „ Prioritäts	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	55	55
Stargard Posener	3½	—	73½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Henkel.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 29. Juni: Abschieds-Vorstellung der Frau Pecci-Ambrogio und des Herrn Ambrogio. Ouverture zur Oper: Stradella. Dann: Große Arie aus derselben; gesungen von Fräul. Köhr. Hierauf: Polnische Vorstellung. Zum Schluß: Undine, oder: Die Wassernixe; großes Ballet in 2 Abtheilungen und 4 Bildern, arrangirt und in Scene gesetzt von G. Ambrogio. Musik von E. Pagni.

Erschienen und vorrätig ist bei **Gebrüder Scherk** in Posen:

Allgemeines

Heilquellen = Verikon,

oder alphabetisches Verzeichnis der bekanntesten Heilquellen, Bäder, Mollen- und Kräuter-Kur-Anstalten der ganzen Erde, nebst deren Gebrauchs-Anweisung von Dr. R. Justin Köhler. Broch. Pr. 21 Sgr.

Reiserouten durch Deutschland und die angrenzenden Länder nebst einer Vergleichung der ausländischen Meilen, einer Tabelle über Wechsel-Wo, Rechnungsgeld und Münzfuß, Getreide, Wein- und Ellenmaß, Uebersicht aller Bäder, einem Verzeichnisse aller Münzen und ihres Werthes etc., nebst einer Post- und Reisekarte und einem Register über 3000 Routen von Fr. A. Werner. Broch. Pr. 15 Sgr.

Bekanntmachung.

Von Johanni d. J. ab bis Johanni 1852 soll meistbietend im Landschaftsgebäude verpachtet werden das Gut Wysoka, Kreis Wągrowiec, im Termine

den 13ten Juli cr. 4 Uhr Nachmittags.

Jeder Licitant ist verpflichtet, zur Sicherung eines Gebots eine Kaution von 500 Rthlr. zu erlegen und erforderlichenfalls nachzuweisen, daß er den Verpachtungs-Bedingungen nachzukommen im Stande ist. — Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 16. Juni 1849.

Provinzial-Landschafts-Direktion.



Stargard = Posener Eisenbahn.

Die Einlösung unserer, am 1. Juli d. J. fälligen Aktien-Dividendenscheine Nr. 1. erfolgt in Stettin, auf unserer Hauptkassette, am 30. Juni, 2. 3. Juli und vom 9. Juli ab täglich Vormittags, auf dem Stettiner Bahnhofe, am 4., 5., 6., 7. Juli von 9 bis 1 Uhr, gegen Einreichung eines nach der Nummernfolge geordneten, datirten und unterschriebenen Verzeichnisses der auszuhändigenden Dividendenscheine. Stettin, den 25. Juni 1849.

Das Direktorium.

Fregevald. M. Piskichy. Hartwich.

Auktion.

Dienstag den 3ten und Mittwoch den 4. Juli Vormittags von 10, Nachmittags von 4 Uhr ab, sollen im Hofe des Hôtel de Saxe auf der Breslauer Straße mehrere Möbel von Mahagoni und andern Holz, bestehend aus Sophas, Tischen, Stühlen, Spinden, Spiegeln, Kronleuchtern etc., Gardinen, Betten, einer Rolle nebst vielen andern Gegenständen zum Gebrauch; so wie auch Mittwoch Vormittags gegen 12 Uhr ein Billard mit allem Zubehör gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden. Anschüß.

Am 5. Juli wird in Kiczyn, Samterischen Kreises, das ganze lebendige und todte Dominial-Inventarium im Wege einer öffentlichen Auktion verkauft. Dasselbe besteht aus 1600 Schafen, 30 Stück Rindvieh, Pferden, Jungvieh, Wagen, Pflügen, und den sonst zur Wirtschaft nöthigen Geräthschaften. Reflectirende werden hauptsächlich auf die Schafe, die sich durch Gesundheit, Zugend und Reichtum der Wolle auszeichnen, aufmerksam gemacht.

Bier-Bräuerei-Verpachtung.

Die in der Stadt Jarocin belegene Dominial-Bier-Bräuerei ist von dato zu verpachten. Diese Bräuerei, die einzige in der Stadt und der Umgebung, hat bei guter Verwaltung einen jährlichen Abzug von 1000 bis 1500 Tonnen Bier gehabt. Nähere Pachtbedingungen sind am Orte zu ersehen.

Hôtel de Dresde.

Mit Bezugnahme der Nr. 144. d. Z. angeschlossenen Beilage (über den Gebrauch der Brillen) und die mir gewordenen achtbaren Empfehlungen der Herren Regierungs-Medizinalrath Dr. Leviseur, Medizinal-Rath Dr. Suttinger und Dr. Jagielski, des General-Arztes Dr. Ordellin, empfehle ich mich allen Kunstfreunden und Augengläser-Bedürftenden bestens, und bin ich für diejenigen, die mich mit Aufträgen beehren oder sich meines Rathes bedienen wollen, von Morgens 8 bis 1 und von 3 bis 7 Uhr zu sprechen.

Koehn,

Universitäts- und Hof-Optikus in Schwerin Mecklenburg. Hôtel de Dresde.

Allen Herrschaften empfiehlt sich zur Nachweisung verschiedener Dienstboten mit guten Zeugnissen das Mieths-Bureau von D. Karacki, Markt No. 80. gegenüber der Stadtwaage.

Im Hause des Regierungsrath Kreschmer, Königsstraße No. 15., sind vom 1. Oktober c. zwei Parterre-Wohnungen mit oder ohne Stalung und Wagenremise zu vermieten.

Wronker- und Krämer-Strassen-Ecke No. 1.: Familien- auch möblierte Wohnungen zu vermieten.

Freitag und Sonnabend musikalische Abendunterhaltung. R. Käselig, Markt No. 9.